

Al. 4

L'article 8 de l'ordonnance du 26 août 1981 concernant les finances et les comptes de l'Office fédéral de la production d'armements doit être appliqué par anticipation à l'objet 141 Ateliers de construction de Thoune, nouvel entrepôt pour le fer et l'acier.

Pour le reste de l'art. 1: Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Abs. 3 – Al. 3

Präsidentin: Der Kommissionspräsident beantragt, abzustimmen, da der Bundesrat an seiner Fassung zu Absatz 3 festhält.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission (Streichung)	90 Stimmen
Für den Antrag des Bundesrates	5 Stimmen

Art. 2 und 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 2 et 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes	108 Stimmen
Dagegen	6 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

81.019

Jugend und Sport.**Zusammenarbeit mit Liechtenstein****Jeunesse et sport. Collaboration avec la Principauté de Liechtenstein**

Botschaft und Beschlussentwurf vom 6. Mai 1981 (BBl II 802)

Message et projet d'arrêté du 6 mai 1981 (FF II 778)

Beschluss des Ständerates vom 22. September 1981

Décision du Conseil des Etats du 22 septembre 1981

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Herr **Schär** unterbreitet namens der Kommission für Gesundheit und Umwelt folgenden schriftlichen Bericht:

Seit 1. Juli 1977 besteht eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Jugend und Sport zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweiz. Bis jetzt war diese in einem Notenwechsel zwischen den beiden Staaten geregelt. Dieses Provisorium soll nun durch einen Staatsvertrag abgelöst werden. Für den Bund entstehen dadurch keine Mehrkosten und auch kein zusätzlicher Personalbedarf. Das Abkommen ist jederzeit kündbar und untersteht nicht dem fakultativen Referendum.

Die Kommission für Gesundheit und Umwelt beantragt, auf die Vorlage einzutreten und dem Bundesbeschluss zuzustimmen.

Präsidentin: Ich danke Herrn Schär für den schriftlichen Bericht. Die Kommission beantragt, auf die Vorlage einzutreten und dem Bundesbeschluss zuzustimmen. Ein anderer Antrag wird nicht gestellt.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1 und 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1 et 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes	95 Stimmen
	(Einstimmigkeit)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

81.064

Waffen-, Schiess- und Übungsplätze.**Stand und Planung****Places d'armes, d'exercice et de tir.****Situation et planification**

Bericht des Bundesrates vom 16. September 1981 (BBl III 472)

Rapport du Conseil fédéral du 16 septembre 1981 (FF III 447)

Antrag der Kommission

Kenntnisnahme vom Bericht

Proposition de la commission

Prendre acte du rapport

Friedrich, Berichterstatter: Der Bundesrat unterbreitet uns den vierten Bericht über den Stand der Waffen-, Schiess- und Übungsplätze der Armee. Dieser Bericht enthält einerseits eine detaillierte Statistik über den Ausbau und die Modernisierung bestehender sowie die Errichtung neuer Plätze. Er skizziert andererseits die allgemeinen Probleme, die dem ganzen Komplex der Truppenübungsplätze das Gepräge geben. Ich will hier nicht rein statistische Angaben wiederholen. Es scheinen mir aber einige Hinweise auf die allgemeinen, den Einzelfall überlagernden Probleme am Platze zu sein. Ich nehme damit ein Thema wieder auf, das beim Übungsplatz Bernhardzell teilweise schon angesprochen worden ist.

Wer eine Armee unterhält, der muss sie auch ausbilden. Die besten Geräte taugen nichts, wenn die Ausbildung nicht gewährleistet ist. Man muss das hier vielleicht deshalb wieder einmal unterstreichen, weil ja in den letzten Jahren die materielle Modernisierung der Armee im Vordergrund der politischen Diskussion stand und die Probleme der Ausbildung im Bewusstsein der Öffentlichkeit gelegentlich etwas zu kurz kamen. Gerade die Technisierung der Armee, ihre

Anpassung an das moderne Kriegsbild, hat zusätzlichen Ausbildungsbedürfnissen gerufen. Die mechanisierten Verbände brauchen grössere Flächen, wo sie sich einigermaßen realistisch bewegen können. Panzer, Artillerie und Flieger benötigen umfangreiche Schiessplätze, und die neuen Panzerabwehrlenk Waffen stellen höhere Anforderungen an das Übungsgelände als das alte Raketenrohr. Aber auch unsere rein infanteristischen Verbände herkömmlicher Art müssen für die Abwicklung einigermaßen wirklichkeitsnaher Übungen ihre Bewegungsfreiheit haben. Das ist eine Entwicklung, die in den nächsten Jahren zweifellos weiter anhalten wird.

Die unerlässliche Modernisierung der Armee führt also zu höheren Anforderungen an die Schulungsmöglichkeiten. Eine Reihe anderer Faktoren jedoch bereitet der Ausbildung wachsende Schwierigkeiten: An erster Stelle ist da die immer noch zunehmende Besiedlung zu nennen; sie engt den Übungsraum aller Waffengattungen mehr und mehr ein. Das gilt nicht nur für das Mittelland, sondern auch für das Berggebiet, wo Zweitwohnungen, Skilifte, Strassen, Seilbahnen und andere touristische Einrichtungen die Übungsmöglichkeiten zeitlich und räumlich vermindern.

Weitere Hindernisse entstehen – Herr Reichling hat das bereits angesprochen – durch die wachsende und nicht selten zusätzlich geförderte Empfindlichkeit gegenüber Immissionen. Vielerorts ist die Bereitschaft, die mit militärischen Übungen verbundenen Unannehmlichkeiten in Kauf zu nehmen, geringer geworden. Es gibt organisierte oppositionelle Gruppen, die, wie wir gehört haben, auch in manchen Medien ein weit offenes Ohr finden. Es gibt hier – wie anderswo – den regionalen und lokalen Egoismus, der Einrichtungen, die im Interesse des ganzen Landes liegen, anderswohin abschieben will, wenn diese mit gewissen Nachteilen verbunden sind. Man überlegt sich dabei wohl kaum, dass eine fremde Armee noch viel mehr Lärm und wohl auch noch anderes verursachen würde.

Schwierigkeiten entstehen sodann gelegentlich auch von seiten des Naturschutzes. Es ist in der Tat unvermeidlich, dass militärische Einrichtungen da und dort zum Teil gravierend ins Landschaftsbild eingreifen. Man sollte umgekehrt aber in Betracht ziehen – auch wenn das auf den ersten Blick vielleicht paradox klingen mag –, dass gerade Truppenübungsplätze manchmal ausgesprochene Naturschutzgebiete sind. In Bure beispielsweise findet man dicht neben den Panzerpisten zahlreiche sonst höchst seltene Pflanzen- und Vogelarten, die dort völlig ungestört gedeihen können, weil sich in der Regel niemand anders auf diesem Waffenplatz aufhält. Ich habe eine gewisse Vorliebe für seltene Pflanzen und bin diesem Problem selber einmal nachgegangen. Im übrigen, meine Damen und Herren, schützt eine glaubwürdige Armee eben auch den Naturschutz.

Nun ist es allerdings nicht so, dass dieser ganze Komplex der Waffen-, Schiess- und Übungsplätze von lauter Schwierigkeiten dominiert würde. Es gibt glücklicherweise immer noch sehr viel Einsicht; es gibt die Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Es sind vielversprechende Modellösungen für das Zusammenleben von Armee und Tourismus ausgehandelt worden, beispielsweise im Berner Oberland. Es gibt auch die Erkenntnis, dass die Armee mit Einrichtungen, Betrieben und Truppenbelegung für manche Landesgegend ein gewichtiger wirtschaftlicher Faktor ist.

Es werden immer wieder Vorschläge gemacht, wie man den Bedarf an Truppenübungsplätzen herabsetzen könnte. Dazu in Kürze folgende Bemerkungen: Die Armee setzt für die Ausbildung zunehmend Simulatoren ein, die das Üben am Gerät selber vorbereiten und ergänzen. Das gilt in hohem Masse für die Panzer, es gilt aber auch für die Flieger, die Fliegerabwehr, die Artillerie und die Panzerabwehr. Man kann indessen, das muss man immer wieder unterstreichen, die Ausbildung nicht ausschliesslich an Simulatoren betreiben. Die praktische Übung, der effektive Einsatz von Waffen und Geräten bleibt unerlässlich; man kann schliesslich auch Autofahren nicht bloss am Simulator lernen.

Ein weiterer Vorschlag geht auf die Verlegung der Ausbildung ins Ausland. In beschränktem Rahmen finden heute schon gewisse Erprobungen von Waffensystemen im Ausland statt. Das gilt vor allem für die Lenk Waffen von Fliegern und Flab, mit denen in der Schweiz überhaupt nicht geschossen werden kann. Es mag sein, dass hier noch zusätzliche Möglichkeiten bestehen; man darf das nicht einfach zum vornherein verneinen. Sobald man aber ganze Verbände ins Ausland schicken will, entstehen schwierige Probleme politischer, völkerrechtlicher, finanzieller und zeitlicher Art. In grösserem Umfang kommt so etwas deswegen – zumindest in den nächsten Jahren – wohl kaum in Betracht. Man muss sich vor der bequemen Meinung hüten, dass wir die Unannehmlichkeiten militärischer Ausbildung bald einmal exportieren könnten.

Wir werden somit die Probleme weiterhin im wesentlichen im eigenen Land bewältigen müssen. Ich appelliere daher hier an unsere Bevölkerung, die erforderliche Einsicht und Opferbereitschaft dafür aufzubringen, auch wenn Herr Braunschweig mir jetzt wieder sagen wird, so spreche man mit Kindern. Ich bitte trotzdem auch die lokalen und kantonalen Behörden bei aller legitimen Interessenwahrung um loyale Zusammenarbeit. Ich ersuche umgekehrt das EMD, seinerseits den Weg der Zusammenarbeit weiterzuverfolgen. Ich ersuche nicht zuletzt die verantwortlichen Truppenkommandanten um Rücksichtnahme auf die Bevölkerung. Mit korrektem und entgegenkommendem Verhalten in jedem einzelnen Fall lässt sich in der Praxis viel Unmut vermeiden; mit unkorrektem Verhalten kann man hingegen unabsehbaren Schaden stiften.

Die Ausbildung der Armee bleibt eine gesamtschweizerische Aufgabe. Sie erfordert die nationale und nicht nur die regionale Solidarität. Genügende Ausbildungsmöglichkeiten werden mehr und mehr zu einer Schicksalsfrage für die militärische Landesverteidigung, damit auch für die friedenssichernde Wirkung der Armee und für die Politik der bewaffneten Neutralität insgesamt, die, stellt man sie vor die heutige weltpolitische Kulisse, beide nicht ganz überflüssig sein dürften.

Ich möchte abschliessend die Gelegenheit benützen, um einem Manne unsere Anerkennung auszusprechen, der sich in den letzten Jahren mit ganzer Kraft dieser ebenso wichtigen wie schwierigen Aufgabe gewidmet hat. Es ist der auf Jahresende zurücktretende Ausbildungschef der Armee, Korpskommandant Hans Wildbolz. Korpskommandant Wildbolz hat sich nach Auffassung der Militärkommission bleibende Verdienste um die Modernisierung der militärischen Übungsplätze und um die Weiterentwicklung der Ausbildungsmethoden erworben. Er suchte dabei den engen Kontakt zur Truppe und zu den zivilen Behörden und trat umgekehrt doch stets für die unabdingbare Notwendigkeit einer kriegsgenügenden Ausbildung ein. Namens der Militärkommission, die leider keine Gelegenheit mehr hatte, sich von ihm zu verabschieden, spreche ich ihm hier unseren Dank aus.

Die einstimmige Militärkommission beantragt Ihnen, vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

M. Barras, rapporteur: Les réalisations et la planification dans le domaine des places d'armes, d'exercice et de tir ont déjà été exposées en 1966, en 1971 et 1976. Le rapport de ce jour concerne les années 1976 à 1980 et renseigne sur la réalisation de différents projets. Durant cette période, les difficultés d'acquisition et d'entretien de places servant à l'instruction militaire ont considérablement augmenté. Il y a des raisons civiles et militaires à ces questions. Du côté militaire, on constate que notre armée a subi une évolution fondamentale au cours des 20 dernières années. Celle-ci a fait naître un besoin croissant de places accessibles aux véhicules à moteur et aux engins mécanisés. Il est devenu nécessaire d'adapter les installations existantes à l'intensité de l'instruction qui exige des systèmes d'armes nouvelles. Dans le secteur alpin, les résidences secondaires, les téléphériques et les remonte-pentes restreignent de plus en plus les espaces qui permettent de créer des places de tir.

Parallèlement, l'évolution de la mentalité a pour conséquence que des couches toujours plus importantes de la population refusent de s'accommoder du bruit et des autres nuisances ou désagréments résultant de l'activité militaire. Le débat de ce matin en est encore un exemple. Ajoutez à cela la limitation des moyens financiers et l'on arrive à la conclusion que le problème des places de tir devient de plus en plus difficile.

Malgré cela, les résultats obtenus aujourd'hui sont positifs et il a été possible ces cinq dernières années de s'assurer les terrains indispensables à l'instruction militaire et de construire de nouvelles installations, grâce à la collaboration des autorités cantonales et communales. Deux nouvelles places d'armes et trois camps militaires ont pu être remis à la troupe. Des accès routiers ont été construits pour deux grandes places de tir. Quatre places de tir et un camp militaire ont été rénovés et des installations de simulation moderne à l'usage des troupes mécanisées ont été mises en service sur la place de Thoune. Les crédits d'engagement accordés pour les constructions et les acquisitions de terrains pendant cette période ont atteint 426 millions de francs. Pour des raisons de temps, je renonce à vous donner ici tous les détails des travaux et des améliorations qui ont été réalisés au cours des quatre dernières années. D'importants travaux de réfection et d'agrandissement ont été exécutés sur les places d'armes, que vous trouvez en page 4 du message. D'importantes constructions et installations ont été réalisées et mises en exploitation sur plusieurs places de tir et d'exercice. Des formations du génie ont construit des accès et des installations d'instruction sur différentes places et ont complété des positions permanentes destinées à l'artillerie blindée sur les cols du Simplon et de la Furka, ainsi que dans le secteur du col de l'Oberalp. On s'est également engagé dans de nouvelles voies menant à une collaboration entre l'armée et le tourisme. Un groupe de travail a développé dans la région de La Lenk un modèle destiné à faciliter une nouvelle collaboration entre l'armée, le tourisme et l'économie alpestre. Cet organisme a réuni des représentants du Département militaire fédéral, de la direction de l'économie publique et de la direction militaire du canton de Berne, de la Société suisse des hôteliers, ainsi que de l'Office du tourisme. A l'avenir, il y aura lieu de mettre au point des réglementations semblables dans d'autres régions importantes à la fois pour le tourisme et les activités militaires.

En ce qui concerne la protection de la nature, quantité d'exemples confirment que sur une place d'armes ou de tir, les intérêts de la protection de la nature et ceux de l'instruction sont parfaitement conciliables. La seule condition est que l'on fasse preuve, de part et d'autre, d'un minimum de bonne volonté pour apprécier la situation de façon objective. Trop souvent, malheureusement, les arguments invoqués ne tiennent compte que des avantages d'un partenaire.

Il est évident aussi que le tourisme, qui représente l'une des branches importantes de notre économie, met à contribution sous des formes diverses une partie considérable de notre secteur alpin. Son développement est d'une importance vitale mais il a pour effet de restreindre les possibilités d'instruction de notre armée. Cependant, il existe encore quantité de moyens permettant d'améliorer les conditions de coexistence – j'allais dire «pacifique» – du tourisme des activités militaires et de l'économie alpestre. La voie de la collaboration doit être suivie de manière plus intensive si nous voulons que les ressources offertes par notre pays soient exploitées au mieux des intérêts de chacun.

Le problème des places de tir à l'étranger a également été remis en discussion et l'on s'est demandé s'il n'y avait pas lieu de faire, le cas échéant, une partie de l'instruction à l'étranger. Une étude approfondie des divers aspects du problème a révélé qu'il y avait plusieurs raisons de renoncer, en tout cas pour l'instant, à transférer à l'étranger l'instruction sur des places de tir et d'exercice. Il apparaît que les frais et les pertes de temps seraient considérables,

sans compter les obstacles de nature juridique. Il n'est donc pas envisagé d'instruire des formations de notre armée sur des places d'armes et de tir à l'étranger. Comme par le passé, l'instruction de nos troupes se fera en Suisse et notre population devra continuer à s'accommoder des nuisances et des difficultés inévitables qui en résultent.

Mettre à disposition les places nécessaires à l'instruction de notre armée restera, au cours des prochaines années, l'une des principales préoccupations du Département militaire fédéral. Dans l'appréciation de la situation, on ne devra pas considérer seulement les importantes dépenses qu'impliquent la construction et les acquisitions de terrains; il faudra aussi tenir compte des autres répercussions économiques favorables qui résultent du stationnement de la troupe.

Dans les années à venir, ce n'est pas avec des moyens financiers seulement que l'on pourra créer des places d'armes, de tir ou d'exercice. Plus que jamais, les autorités militaires devront pouvoir compter sur l'appui des autorités cantonales et communales et aussi sur les différents milieux de la population. La création des importantes places d'armes et de tir dont il est fait mention aux chiffres 321, 322, 331 et 332 du rapport suscitera vraisemblablement des conflits d'intérêts. On ne parviendra à les surmonter que si toutes les parties intéressées comprennent que ces places sont indispensables. Notre population, comme elle l'a compris constamment et comme elle le comprend généralement encore, devra s'accommoder des nuisances résultant de cette situation, dans la mesure où elles sont inévitables.

A l'avenir comme par le passé, les professions de foi dans les discours du 1^{er} août en faveur de notre défense nationale ne suffiront pas à elles seules pour que l'armée puisse accomplir ses tâches. Il ne suffit pas qu'elle soit seulement équipée, il faut aussi qu'elle puisse être instruite et que pour ce faire, elle dispose de l'espace et des installations appropriées.

Präsidentin: Es folgen die Fraktionssprecher. Ich beantrage Ihnen, die Redezeit für Fraktionssprecher auf 10 Minuten und für Einzelvotanten auf 5 Minuten zu beschränken. (Zustimmung)

Wyss: Frau Präsidentin, Herr Bundesrat, meine wenigen Damen und Herren, die noch im Saale sind! Man sagt immer, die Politiker sprächen zur Tribüne oder für die Presse; es ist tatsächlich so, dass für ein solches Geschäft, das unseres Erachtens wichtig ist, zu wenig Leute im Saal anwesend sind. Dies als persönliche Bemerkung. Unsere Fraktion stimmt dem vierten Bericht zu, möchte aber die Gelegenheit benutzen, drei Bemerkungen anzubringen.

Erste Bemerkung: Aus dem Bericht wird klar erkenntlich, dass die Bereitstellung von Waffen-, Schiess- und Übungsplätzen bald zu einer Schicksalsfrage unserer Armee wird. Es nützt nichts, gute Waffensysteme anzuschaffen, wenn unsere Soldaten und Kader keine Möglichkeiten mehr haben sollten, sich in der Aus- und Weiterbildung mit diesen Waffensystemen vertraut zu machen. Insbesondere bei modernen Waffen und Geräten ist es wichtig, dass durch viel Training das Vertrauen der Wehrmänner aller Grade in ihre Waffen und Geräte gestärkt wird und dadurch der Wehrwille eine wesentliche Förderung erfährt.

Zweite Bemerkung: Obwohl eher der Simulationstechnik, wie es Herr Friedrich ausgedrückt hat, als der theoretischen Ausbildung grosse Aufmerksamkeit geschenkt wird und auch in dieser Beziehung sehr viel erreicht worden ist, ersetzt sie natürlich das Üben mit dem scharfen Schuss sowie grössere Beweglichkeitsübungen nicht. Es ist zu prüfen, wie weit in Zukunft durch noch bessere Koordination und neueste Ausbildungsmethoden die Ausnützung bestehender und hoffentlich auch neuer Übungsplätze verbessert werden kann. Ein Ausweichen ins Ausland kommt aufgrund verschiedenster Überprüfungen durch unsere Stellen mit wenigen Ausnahmen nicht in Betracht. Trotzdem sind unseres Erachtens diese Untersuchungen weiterzuführen. Dritte und letzte Bemerkung: Offenbar – und das hat dieser

Morgen ja deutlich gezeigt – muss die Informationspolitik im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Waffen- und Schiessplätzen wesentlich verbessert werden. Es fehlt nach unserer Meinung möglicherweise ein Konzept der verantwortlichen Arbeitsgruppe, die notwendige Informationspolitik koordiniert durchzuführen. Nach unseren Vorstellungen ist für jedes einzelne Projekt, lange bevor überhaupt mit dem Kanton oder einer Gemeinde diskutiert wird, ein Konzept für die Gestaltung der Öffentlichkeitsbeziehungen auszuarbeiten. Aufgrund eines solchen Dokumentes, in dem die Verantwortlichkeiten und Zuständigkeitsbereiche genau definiert sein müssen, könnte die subtile Einzelarbeit aufgenommen werden. Durch eine laufende Beurteilung der Lage und eine entsprechende Anpassung des Vorgehens könnten viele Pannen, Pannen, wie sie geschehen sind, vermieden werden. Insbesondere sind nach unserer Ansicht die Landbesitzer wesentlich früher in die Projektidee einzubeziehen und sollten nicht erst durch den Kanton respektive die Gemeinde orientiert werden, wenn entsprechende Vorentscheide bereits gefällt worden sind. Es ist uns klar, dass aufgrund der Landpreise und anderer Faktoren diese Aufgabe nicht leicht ist. Trotzdem scheint uns, dass hier wesentliche Verbesserungen notwendig sind.

Wir beantragen Ihnen, vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

Eggenberg-Thun: Die sozialdemokratische Fraktion nimmt vom Bericht Kenntnis und fügt noch einige Bemerkungen dazu bei.

Wir haben früher als Rekruten oft das Lied gesungen «Es zog ein Regiment das Unterland daher.» Heute wissen wir, woher die Soldaten kommen, aber wir wissen nicht mehr, wohin wir mit ihnen ziehen sollen. Ich wiederhole mich, wenn ich auch hier feststelle, dass die Frage der Ausbildungsplätze ein zentraler Problemkreis für die Funktionsfähigkeit unserer Armee geworden ist. Wir wissen alle, dass mit den sehr schnellen Veränderungen des Materials die Ausbildungsmethoden ebenfalls ständig ändern und dass damit die Anwohner des Übungsgeländes zusätzlichem Lärm und Störungen verschiedenster Art ausgesetzt sind. Wenn bei uns die Panzer mit Nachtschiessgeräten ausgerüstet werden, muss man sie vernünftigerweise auch nachts üben lassen. Wenn die Panzerfahrer nächtliche Verschiebungen durchführen sollen, gehört das ebenfalls zum Ausbildungsprogramm; auch wenn man die nächtlichen Durchfahrtszeiten für die Dörfer in unserer Gegend publiziert, ändert das nichts daran, dass vorbeifahrende Panzer die Dorfbewohner im besten Bett wachrütteln, trotz Lattotflex. Ein einziger durchstartender Tiger verursacht in Unterbach bei Meiringen mehr Lärm als die gesamte schweizerische Luftwaffe von 1939 zusammengezählt! Ich erzähle Ihnen da nichts Neues. Auch nicht neu ist die Tatsache, dass wir viel zu wenig Ausbildungsplätze haben und nicht mehr in der Lage sind, unsere Soldaten funktionsgerecht auszubilden. Das ist die Hauptsorge unseres Ausbildungschefs, wie immer er auch heissen mag, und ich bin in den vergangenen Jahren als eine Art «Wildbolzianer» von Offiziersgesellschaft zu Offiziersgesellschaft gezogen, um diesen Problemkreis darzustellen. Auf Seite 9 unseres Berichtes steht unter dem Absatz der Mechanisierten und Leichten Truppen folgender Satz: «Diese Entwicklung», nämlich keine neuen Waffen- und Übungsplätze für die Panzertruppen zu schaffen, «würde auch in einem Mehrbedarf an Simulationsanlagen und in einem weiteren Ausbau des einzigen Grundausbildungswaffenplatzes der Panzertruppen in Thun zum Ausdruck kommen.»

So einfach sagt sich das hier. Wie sieht er denn heute aus, dieser Thuner Waffenplatz?

Gestatten Sie mir dazu einige detaillierende Bemerkungen: Im Jahre 1980 wiesen die Kasernen der Schweiz 5,1 Millionen Übernachtungen auf. Gut 10 Prozent, nämlich 517 000 Übernachtungen, entfallen auf Thun. Im Jahre 1980 wurden in Thun 12 Rekrutenschulen, 4 Offiziersschulen, 17 Unteroffiziersschulen und 417 Kurse verschiedenster Art durchgeführt.

Herr Reichling hat erwähnt, das Beste seien abgelegene Gebiete. Wir können aber die Region Thun mit 100 000 Einwohnern nicht unbedingt in diese Kategorie einordnen. Und wenn Herr Braunschweig sich auf den Naturschutz und auf die Störfaktoren eines Waffenplatzes bezieht, dann ist diese Bemerkung nicht zu bestreiten; aber es wäre vielleicht gut, diese Diskussion auch einmal bei den bestehenden Waffenplätzen durchzuführen und die Problematik dort aufzuzeigen. Immissionsdiskussionen bei neuen Waffenplätzen sind wesentlich einfacher zu führen als bei den bestehenden!

Ich habe mit dem verstorbenen Brigadier Fischer ganz ernsthaft geprüft, ob es möglich wäre, schweizerische Panzerausbildung im Ausland durchzuführen. Das hätte wohl den Vorteil gehabt, dass diese Verbände einmal gemeinsam operieren können, aber wiederum den grossen Nachteil, dass diese Übungen in völlig unschweizerischem Gelände stattgefunden hätten.

Es geht ja nicht nur um die Handhabung moderner Waffen, sondern es geht doch vor allem um den Einsatz dieser modernen Waffen in unserem eigenen Gelände. Die Schweizer Armee ist dann am stärksten, wenn sie das Gelände zum Verbündeten macht und geländekonforme, militärgläubige, moderne Waffen besitzt. Über die Waffen entscheiden die Rüstungsprogramme. Was die Funktionsfähigkeit betrifft, so sind wir eigentlich trotz aller Unkenrufe recht gut à jour. Aber wenn wir die Ausbildungsterrains und das realistische Übungsgelände, das den künftigen Kampfräumen entsprechen muss, nicht mehr zur Verfügung stellen, gefährden wir die Erfüllung der militärischen Zielsetzungen.

Die heutigen Diskussionen über Bernhardtzell und dieser «St.-Galler Politgalopp» – der durchaus legal ist; ich erinnere daran, dass vor zwei Jahren bei der Geissalp sämtliche Freiburger angetreten sind – und die früheren Diskussionen um die Waffen- und Schiessplätze von Oberzeihen, von Bellinzona, von Rothenthurm beweisen doch mehr als deutlich, dass wir Schweizer die Armee und die Verteidigung bejahen – sehr deutlich bejahen, mindestens in der Mehrheit des Volkes. Wir sind aber nicht mehr bereit, uns im zivilen Bereich durch die Bedürfnisse der Armee stören zu lassen. So werden wir selber, ob wir es wahrhaben wollen oder nicht, Gegner der militärischen Landesverteidigung. Und wer nicht müde wird, bei jeder kritischen Stellungnahme der SP unserer Fraktion einen geplanten systematischen Abbau der Armee zu unterstellen, der täte gut daran, einmal die parteipolitische Zusammensetzung der Behörden in all diesen Gemeinden oder in den verschiedensten Alpkorporationen zu überprüfen. Ich habe das gemacht und kann den prozentualen Anteil der SP-Mitglieder grob zusammengefasst so darstellen, dass die SP-Leute dort unter Denkmalschutz stehen!

Wenn Herr Kollege Widmer sagt, es sei absurd, Verträge zu machen mit 60 Tagen Benützung, dann wissen wir, dass wir ähnliche Schiessverträge und Benützungsverträge schon haben. Wenn das so weitergeht mit den Benützungsverträgen, wo man alle Vorteile des Ausbaus von der militärischen Seite her beansprucht, aber die Nachteile der Benützung nicht mehr haben will, werden wir einmal Verträge haben, in denen das Schiessen nur noch am Silvestertag gestattet ist, aber auch nur, wenn es keinen Schnee hat und der Skilift nicht fährt!

Wenn wir gute und teure Waffen kaufen und gleichzeitig akzeptieren, dass unsere Soldaten wegen fehlender Schulungs- und Ausbildungsplätze mangelhaft in der Handhabung und im Einsatz dieser Waffen geschult werden, dann verraten wir nicht gerade unser Land, aber ganz sicher die Soldaten an diesen Waffen. Dieser Vorwurf ist gravierend.

Der Kampfwert einer Armee hängt ja nicht in erster Linie von den Waffen ab, sondern von den Menschen, die diese Waffen bedienen. Wir haben seit Jahren und trotz der Proteste der verschiedenen Ausbildungschefs, vor allem auch des jetzigen, die Ausbildungsfrage vor lauter Waffendiskussionen sträflich vernachlässigt.

Es ist eben wesentlich einfacher und ganz sicher populärer – das hat die heutige vorhergehende Diskussion auch bewiesen –, in einer Region gegen die Errichtung eines Waffenplatzes aufzutreten als dafür einzustehen. Aber das Spiel, das hier getrieben wird, ist gefährlich. Das hier zu sagen, war mir ein Anliegen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die Region Thun durch die Belange der militärischen Ausbildung weit über den schweizerischen Durchschnitt belastet und die Entwicklung dieser Regionsgemeinden seit Jahren durch die militärische Ausbildung tangiert, wenn nicht sogar beeinträchtigt wird.

Präsidentin: Die liberale Fraktion teilt mit, dass sie vom Bericht Kenntnis nimmt und auf das Wort verzichtet.

Humbel: Alles spricht vom Frieden. Wir alle sind auch für den Frieden, und zwar für einen dauerhaften Frieden auf der ganzen Welt. Wir sind auch gegen die Aufrüstung in Ost und West. Aber die beste Friedenssicherung für unser Land war und ist immer noch unsere Armee – dies wird auch in der Zukunft so sein. Damit wir unsere Wehrmänner richtig ausbilden und für den Ernstfall gut vorbereiten können, müssen wir unserer Armee, unseren Wehrmännern also, die notwendigen und entsprechenden Waffen-, Schiess- und Übungsplätze zur Verfügung stellen.

Im Auftrage der CVP-Fraktion nehme ich zum bundesrätlichen Bericht über dieses Thema zu vier Punkten Stellung:

1. die Verbindung zwischen EMD und Kantonen;
2. das Vorgehen beim Landerwerb und Informationsfluss;
3. das nun berühmt gewordene Berner Modell «Militär, Tourismus und Alpwirtschaft»;
4. die periodische Berichterstattung des Bundesrates.

1. Zur Verbindung zwischen EMD und Kantonen: Neben den 28 eidgenössischen Waffenplätzen haben wir noch in elf Kantonen kantonale Waffenplätze. Dazu kommen die Schiess- und Übungsplätze. Eine interessante Zahl: Seit 1945 sind acht kantonale Waffenplätze aufgehoben bzw. vom Bund übernommen worden. Nur zwei neue kantonale Waffenplätze sind entstanden. Immerhin sind während dieser Zeit acht kantonale Kasernen renoviert und verbessert worden.

Zwischendurch eine persönliche Bemerkung: Herr Kollege Widmer hat heute morgen das gute Beispiel des Kantons Zürich erwähnt. Sie werden es mir selbstverständlich nicht verargen, wenn ich hier auch das gute Beispiel meines Heimat- und Wohnkantons Aargau kurz erwähne: Vor zwei Jahren hat der aargauische Grosse Rat für Neu- und Umbauten der Kaserne Aarau mitten in der Stadt einen Kredit von 23 Millionen Franken bewilligt. Bald ist das schöne, grosse, restaurierte Werk vollendet.

In mindestens 13 Sparten des Militärwesens haben die Kantone Aufgaben zu erfüllen. Neben der Konferenz der kantonalen Militärdirektoren gibt es sogar noch fünf verschiedene Ämter- und Beamtenkonferenzen, zum Beispiel die Konferenz der Sekretäre der kantonalen Militärdepartemente, der Sektionschefs usw.

Wir benützen hier die Gelegenheit, um den kantonalen Regierungen, insbesondere den Herren Militärdirektoren, aber auch den kommunalen Behörden, für ihre Mitarbeit zur Erhaltung einer leistungsfähigen Armee und damit zur Landesverteidigung bestens zu danken. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Verbindung zwischen EMD und Kantonen bis hinunter zu den Gemeinden noch intensiviert und verbessert werden kann.

Die Aufgaben und damit die Verantwortung der Kantone und ihrer Behörden für unsere Armee sind grösser geworden. Ich wage sogar heute den Ausspruch: «Die Renaissance der kantonalen Militärhoheit ist da!» Sie haben richtig gehört: die Renaissance der kantonalen Militärhoheit. Diese Feststellung ruft nicht etwa zu neuen Rechtsgrundlagen oder zur Abänderung von bestehenden Gesetzen. Faktisch kann eben doch noch mehr geleistet werden: also mehr Engagement der Kantone und damit auch der kommunalen Behörden. Diese Renaissance ist ja auch notwendig, insbe-

sondere im Blick auf die Gesamtverteidigung, in deren Bereich die Kantone bedeutungsvolle Aufgaben erhalten und auch zu erfüllen haben.

2. Zum Vorgehen beim Landerwerb und Informationsfluss: Es ist begreiflich, wenn der Grundeigentümer enttäuscht ist, via Presse oder andere Medien von einem möglichen Waffen-, Schiess- oder Übungsplatz zu erfahren. Hier muss die Verbindung vom EMD via kantonale Militärdirektion und kommunale Behörde direkt zum Grundeigentümer geschaffen werden. Es ist nötig, dass die Grundsätze des modernen Managements hier im besondern angewendet werden. Der Informationsfluss soll rechtzeitig, offen und vollständig erfolgen. Die Preisfrage in den Regionen muss vernünftig gelöst werden. Das EMD soll keineswegs preisteigernd wirken! Die Verbindung zu den Raumplanungsbehörden ist rechtzeitig sicherzustellen. Im übrigen ist das Einsetzen von Kommissionen von der Entstehung der Idee bis zur Realisierung weiter empfehlenswert, nämlich: Planungskommission, Landerwerbskommission mit örtlichen Spezialisten, dann der Ausschuss Region für Projektierungs- und Ausführungsphasen.

3. Zum Berner Modell «Militär, Fremdenverkehr und Alpwirtschaft»: Das uns präsentierte Modell für eine bessere Zusammenarbeit, auf den Seiten 7 und 8 des Berichtes kurz dargestellt, verdient Anerkennung, Lob und Dank. Es hat sich im Berner Oberland bestens bewährt. Der Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Bern, Herr Kollege Bernhard Müller, hat hier sicher gute Verdienste erworben. Dieses Berner Modell ist in anderen Kantonen und Regionen ohne weiteres nachahmungswert. Das hat auch der Kommissionssprecher, Herr Louis Barras, bereits erwähnt. Es ist von Vorteil, wenn in den einzelnen Regionen weiterhin die entsprechenden Benützungsverträge abgeschlossen werden. Wir sind davon überzeugt, dass mit allseits gutem Willen die Interessen des Militärs, des Tourismus, des Naturschutzes wie auch der Land- und Alpwirtschaft, aber auch des Umweltschutzes und der Raumplanung auf einen Nenner gebracht werden können. Es ist doch ein gegenseitiges Nehmen und Geben.

4. Zur periodischen Berichterstattung des Bundesrates: Der Bundesrat erstattet jeweils alle fünf Jahre diesen Bericht über den Stand und die Planung betr. Waffen-, Schiess- und Übungsplätze unserer Armee. Bei den Regierungsrichtlinien und beim Finanzplan haben wir einen vierjährigen Turnus. Der Bundesrat wird deshalb eingeladen zu prüfen, ob die vorliegende Berichterstattung jeweils der Amtsperiode angepasst werden kann.

Und nun noch eine Schlussbemerkung: Die Sorge unserer Armee um ihren Übungsplatz muss auch unsere Sorge sein – die Sorge von uns Politikern und nicht nur des EMD. Damit wir diese Sorge beheben können, braucht es auch unseren Beitrag, unsere Mitarbeit, nicht nur hier in diesem Saal, sondern auch in unseren Regionen und in den Kantonen!

Die CVP-Fraktion beantragt Ihnen ebenfalls, vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

Herczog: Für die PdA/PSA/Poch-Fraktion ist dieser Bericht schon etwas mager, und zwar mager, was den Inhalt betrifft. Ich möchte Ihnen hierzu ein Beispiel bringen. Auf Seite 10 zum Punkt «Naturschutz» heisst es: «Zahlreiche Beispiele bestätigen, dass sich die Interessen des Naturschutzes und diejenigen der militärischen Ausbildung auf einem Waffen- oder Schiessplatz sehr wohl in Einklang bringen lassen.» Fertig, Schluss, nichts mehr! Ich glaube, das ist doch etwas wenig zu dieser ganzen Problematik, gerade angesichts der Tatsache, angesichts der grossangelegten Diskussion, die wir zum vorherigen Geschäft geführt haben. Immerhin heisst dieser Bericht «Bericht über den Stand und die Planung auf dem Gebiet der Waffen-, Schiess- und Übungsplätze», und es wäre eigentlich sehr wünschenswert, wenn die Planung auch zum Ausdruck käme, denn Planung heisst ja: mit bestimmten Zielen, Vorausschauen, Probleme erkennen und dann vielleicht auch zu Lösungen

gelangen. Planen heisst, dass man hier die Probleme auflisten, bekanntgeben und auch dazu Stellung nehmen würde, und nicht erst dann, wenn man als Feuerwehr «nicht mehr anders beschliessen kann», wie das vorhin bei Bernhardzell der Fall war!

Der Bericht ist auch deshalb sehr larmoyant und sehr allgemein gehalten, wenn man sagt: «Die Schwierigkeiten haben zugenommen» oder zum Beispiel der sehr bejammerte Ausdruck: «Die mangelnde Bereitschaft grösserer Bevölkerungskreise» gegenüber solchen Waffenplätzen, die das EMD plant. Dies offenbart schon eine sehr merkwürdige Einstellung. Ich glaube, dass das eine der grundsätzlichen Seiten dieses Berichtes ist, zu dem wir Stellung nehmen müssen. Diese «mangelnde Bereitschaft der Bevölkerung», wie es in der Botschaft steht, kommt von ähnlicher Seite her, wie dies bei der Opposition gegen Nationalstrassen und Atomkraftwerke der Fall ist, weil die Bevölkerung den Eindruck hat, dass hier die Obrigkeit etwas beschliesst, ohne die Interessen, die Gefühle und die Meinungen der betroffenen Bevölkerung ernst zu nehmen, und zwar real ernst zu nehmen! Es geht nicht um die Frage und die Alternative: Seid ihr für den Frieden oder nicht? Also seid ihr für diese Waffenplätze oder nicht? Die Bevölkerung stellt die Frage so: Wir haben dieses und dieses Interesse; wir wollen nicht in unserer Gesundheit geschädigt werden durch AKW, Nationalstrassen und auch durch Waffenplätze. Man darf hier nicht so obrigkeitlich dreinfahren, sonst muss man sich nicht wundern, wenn die Bevölkerung entsprechend reagiert und sagt: Ja, die machen sowieso, was sie wollen! Hierzu nur ein Beispiel – Bernhardzell erwähne ich nicht mehr –: Rothenthurm. Ich komme nicht aus dieser Gegend und werde auch nicht auf die Gesamtproblematik eingehen, sondern nur ein paar grundsätzliche Bemerkungen anbringen. Ich möchte von Herrn Bundesrat Chevallaz – oder vom Kommissionspräsidenten – einiges wissen, weil diesbezüglich in diesem Bericht zu wenig gesagt wird.

Zur Erinnerung: In Rothenthurm, wo das EMD einen Waffenplatz errichten will, ist man auf sehr erbitterten Widerstand der Bevölkerung gestossen. 1975 und 1980 hat die Gemeinde Abstimmungen durchgeführt; eine sehr grosse Mehrheit in Rothenthurm hat diesen Waffenplatz jeweils abgelehnt. Übrigens hat 1975 – wenn ich recht informiert bin – gleichzeitig in einer Walliser Gemeinde eine Abstimmung über einen Flab-Schiessplatz stattgefunden. Dort hat das EMD zum Beispiel die Interessen dieser Gemeinde im nachhinein berücksichtigt; diese Gemeinde hatte sich ebenfalls gegen den Schiessplatz ausgesprochen.

Nun ist es so, dass für den Vollausbau des Waffenplatzes Rothenthurm noch etliche Hektaren fehlen, soviel ich weiss, etwa 130 Hektaren; in der Zeitung konnten wir lesen, dass das EMD ab 1982 die grösste bisher durchgeführte Enteignungsaktion durchführen wird, damit dieser Schiessplatz errichtet werden kann. 1980 ist in Rothenthurm von etwa zwei Dritteln der Stimmberechtigten eine Aufsichtsbeschwerde unterzeichnet worden, weil man mittels eines Rechtsgutachtens festgestellt hat, dass der Vertrag zwischen Bund und den beiden Kantonen Zug und Schwyz als verfassungswidrig einzustufen ist. Vom EMD wurde eine Gegenexpertise erstellt, und dort hat man auch festgestellt, dass mehrere Vertragsbestimmungen rechtswidrig seien. Herr Bundespräsident Furgler hat in der Wochenzeitschrift, die den neuen Bundespräsidenten als «scheuen Fritz» darstellt, folgendes gesagt: «Will das EMD zukünftig bei Landerwerben für Waffenplätze allfällige Schwierigkeiten vermeiden, so bleibt ihm nichts anderes übrig, als das Vertragswerk» – also Rothenthurm – «gründlich zu überprüfen.» Selbstverständlich betrifft dieses Vertragswerk bzw. diese Problematik, die Bundespräsident Furgler aufgeworfen hat, nicht nur Rothenthurm, sondern auch andere Waffenplätze. Ich möchte jetzt von Bundesrat Chevallaz eine klare Auskunft haben, was das für diese Waffenplätze – konkret für Rothenthurm und für die übrigen – bedeutet. Ich möchte auch wissen, ob und wie weit man diesen Interessen, die von der einheimischen Bevölkerung schon lange manifestiert und artikuliert worden sind, entgegenkommt.

Eine dritte Frage: Ist man vielleicht im EMD das nächstmal bereit, diesen Planungsbericht so abzufassen, dass es ein effektiver Planungsbericht ist? Indem man die Probleme so darstellt, dass man auch darüber diskutieren kann und dass man nicht so tut, als wenn nichts geschehen wäre.

Widmer: Unsere Fraktion nimmt in zustimmendem Sinn vom Bericht Kenntnis. Hingegen kann ich Ihnen auch im Namen der Fraktion mitteilen, dass wir zu einem Teil des Berichtes besondere Bemerkungen haben, nämlich zum Abschnitt «Waffenplätze im Ausland». Die Idee der Waffenplätze im Ausland erfährt im Bericht lediglich eine kurze und negative Beurteilung. Mit dieser Auffassung gehen wir nicht einig. Ich schicke ausdrücklich voraus, dass meine Bemerkungen keine Kritik am EMD sind. Ich bin mir absolut bewusst, welche undankbare Aufgabe das EMD bei der Beschaffung von Schiess- und Waffenplätzen zu erfüllen hat und dass das Thema Waffenplätze im Ausland eine höchst komplexe Angelegenheit ist. Dass man sich da nicht leichtsinnig auf ein Gebiet begeben will, dafür habe ich volles Verständnis. Aber die Fakten, die Realitäten auf diesem Gebiet sprechen eine zu deutliche Sprache, als dass man sich dieser Variante Ausland einfach verschliessen dürfte. Ich fasse das, was verschiedene Votanten bereits ausgeführt haben, in wenigen Worten zusammen. Tatsache ist: die Agglomerationen, die Besiedlungen dehnen sich aus. Das dazwischenliegende Gebiet wird durch Strassen und Bahnen zusätzlich beansprucht. Der Tourismus greift in die noch freien Zonen hinein. Der noch verbleibende, nicht genutzte Rest unseres Landes wird immer kleiner. Es ist deshalb begreiflich, dass Natur- und Heimatschutz sich auf diese Zonen stürzen und dafür zu sorgen versuchen, dass sich hier keine Veränderungen mehr vollziehen, dass zum Beispiel auch das Militär nicht in diese ungenutzten Zonen eindringt.

Sie haben heute beim Fall Bernhardzell ein sehr gutes Anschauungsbeispiel bekommen. Im Gegensatz zu Herrn Braunschweig, der zuerst die allgemeine Debatte wollte, bin ich der Meinung, dass es zweckmässig war, zuerst den Anschauungsunterricht an einem konkreten Beispiel zu haben, um zu hören, wie schwierig es ist, solche Anlagen für das Militär überhaupt noch zu realisieren. Aber was in diesem Parlament nicht zur Sprache kommt, sind die Benützungsreduktionen von bestehenden Waffenplätzen, und zwar deshalb, weil wir ja nur auf dem Weg über Kreditbegehren etwas damit zu tun haben. Wenn nachträglich reduziert wird, kommt das nicht vors Parlament.

Beda Humbel hat mir ein gutes Stichwort gegeben: Es ist vollständig richtig, was Sie über die neue Kaserne in Aarau sagten; dort habe ich auch längere Zeit «studiert». Zu dieser Kaserne gehört der Schiessplatz Gehren. In bezug auf Gehren ist ein neuer Vertrag ausgehandelt worden, über den im «Aargauer Tagblatt» – das ist sicher eine zuverlässige Zeitung – letzte Woche folgende Aussage des Gemeindeammanns von Erlinsbach – das ist die betroffene Gemeinde – zu lesen stand: «Wir haben das Gefühl, dass wir viel erreicht haben.» Ich hoffe, dass seine Wähler das glauben, dann wird er auch glanzvoll wiedergewählt. Was hat denn diese Gemeinde erreicht? Dass die Aktivitäten von Truppen eingeschränkt werden, die nicht zur Aargauer Infanterie-Rekrutenschule gehören. Dazu gehören also die Flieger, die Flab, die Panzer und die Panzerabwehrgeschütze. Sogar die Infanterie muss noch daran glauben; es dürfen nämlich nicht mehr mit Minenwerfern Wurfgranaten verschossen werden. Das sind die Fakten! Wer die Aargauer Militärsituation kennt, der weiss, dass Gehren ein Begriff für die militärische Ausbildung war.

Wenn man das zusammenfasst, kommt man zu folgendem Ergebnis: Der Idealwunsch der Verhandlungspartner des EMD in bezug auf Waffenplätze ist doch, dass man Truppen haben will, die die Wirtschaften frequentieren, die aber nicht schiessen und keine kriegsgemässe Ausbildung treiben. Herr Eggenberg hat das bestens geschildert; ich kann mich seinen Worten nur anschliessen. Für die Interessierten ist das gar keine Neuigkeit. Die Truppenkommandanten wissen

das schon lange. Deshalb ist bereits vor 20 Jahren erstmals ein Vorstoss unternommen worden, die Idee von Waffenplätzen im Ausland genauer zu überprüfen. Man hat damals gesagt, das sei rechtlich nicht möglich. Prof. Schindler, der sicher einen guten Namen hat – er ist kürzlich vom EMD mit einem Rechtsgutachten im Fall Rothenthurm beauftragt worden –, hat dazu gesagt: «Das Völkerrecht enthält keine Normen, die der Ausbildung schweizerischer Truppen auf ausländischen Übungsplätzen entgegenstehen.» Noch schärfer: «Die Beschaffung von Übungsplätzen im Ausland in Friedenszeiten steht nicht nur in keinem Widerspruch zum Neutralitätsrecht, sondern kann unter Umständen durch das Neutralitätsrecht geradezu geboten sein.» (In dem Sinn, dass die Neutralität die Schweiz beauftragt, eine Armee zu haben, die ausgebildet ist.)

Seither sind 20 Jahre vergangen. Die damalige Idee wurde nicht weiterverfolgt. Ich möchte daraus keinen Vorwurf konstruieren, aber feststellen, dass sich in diesen 20 Jahren manches geändert hat. Die Distanzen sind kleiner geworden – denken Sie nur an die Entwicklung des Flugwesens. Die internationale Verflechtung auch der Schweiz ist viel intensiver geworden, und die Situation in unserem eigenen Land in bezug auf die Ausbildung der Armee hat sich verschlechtert.

Ich bitte deshalb Herrn Bundesrat Chevallaz in aller Freundlichkeit, von seiner harten Formulierung im Bericht etwas abzurücken und uns zuzusichern, dass er willens ist, den Gedanken von Waffenplätzen im Ausland mit seinen Mitarbeitern doch etwas näher zu prüfen und wenigstens an einzelnen Beispielen abzuklären, ob diese Idee nicht realisiert werden könnte. Ich bin überzeugt, dies ergäbe eine Entlastung für die Armee und – nebenbei bemerkt – auch eine Entlastung der Debatten in unserem Parlament.

Schnyder-Bern: Die SVP-Fraktion nimmt mit Interesse und Zustimmung vom Bericht über den Stand und die Planung auf dem Gebiete der Waffen-, Schiess- und Übungsplätze der Armee für 1976 bis 1980 Kenntnis. Im Gegensatz zu den früheren Berichten aus den Jahren 1966, 1971 und 1976 werden zunehmende Schwierigkeiten bei der Beschaffung und Erhaltung militärischer Ausbildungsplätze festgestellt. Diese lassen sich auf die zunehmende Belastung der Übungsräume – verursacht durch die Motorisierung und Mechanisierung – sowie die intensivierte Ausbildung an neuen, wirkungsvolleren Waffensystemen zurückführen. Trotzdem müssen auch in Zukunft Mittel und Wege gefunden werden, damit unsere Truppen genügende und geeignete Übungsplätze erhalten.

Wir möchten hier insbesondere auf die bestmögliche Zusammenarbeit zwischen Militär und Fremdenverkehr hinweisen, befindet sich doch die Mehrzahl der Truppenübungsplätze im Erholungsgebiet unseres Landes. Richtige und gründliche gegenseitige Absprachen dürften für beide Parteien von Vorteil sein. Da die Truppen meistens nicht in der Hochsaison Dienst leisten, helfen sie in vielen Fremdenverkehrsgebieten mit, die Saison zu verlängern. Einerseits können dabei zivile Unterkünfte durch die Truppe benützt, andererseits militärische Truppenunterkünfte während der Saison für zivile Zwecke (wie Jugendgruppen und dergleichen) abgegeben werden.

Im übrigen ist bekannt, dass unsere Wehrmänner ein Mehrfaches ihres Soldes am Dienstort ausgeben und dass sie, sofern sie von der ortsansässigen Bevölkerung freundlich aufgenommen werden, später als Touristen mit ihren Familien dorthin zurückkehren. Es lohnt sich deshalb für die Fremdenorte, beste Beziehungen zum diensttuenden Militär zu pflegen. Die Armee ihrerseits kann vom Angebot der Kurorte umfassend Gebrauch machen. Nicht nur Unterkünfte, sondern auch Wege und Stege, Seilbahnen, Turn- und Schwimmhallen und nicht zuletzt Gaststätten stehen zur Verfügung. Vorteile gibt es also auch für die Truppe.

Wir ersehen daraus, dass es für beide Seiten gut ist, sich vermehrt der gegenseitigen Vorteile bewusst zu werden. Deshalb möchten wir empfehlen, dass insbesondere die Truppen vermehrt auf die Vorzüge einer solchen Partner-

schaft aufmerksam gemacht werden, damit auch in Zukunft Voraussetzungen geschaffen werden, die uns die weitere Benützung des Alpenraumes zu Übungszwecken ermöglichen. Uns scheint, dass in dieser Beziehung hüten und drüben noch ein Vermehrtes getan werden könne.

In diesem Sinne stimmt unsere Fraktion dem vorliegenden Bericht zu.

Biderbost: Der Bericht über die Waffen-, Schiess- und Übungsplätze enthält in der Tat keine Sensationen; das haben wir bereits in der vorangegangenen Diskussion bemerkt. Er ist im Gegenteil höchstens eine Bestätigung einer schon lange andauernden Entwicklung, mit welcher die Schwierigkeiten zutage treten, die unsere Armee mit jedem Quadratmeter Boden erhält, den sie erwerben will. Die Namen Rothenthurm, Bernhardzell oder neuestens Schächental sind nur Beispiele für das, was fast überall in der Schweiz anzutreffen ist. Trotzdem wissen wir: Unsere Armee braucht diese Plätze; wir müssen uns fragen, wie wir die Entwicklung auffangen können.

Im Bericht wird davon ausgegangen, dass die Armee die Möglichkeit der Expropriation hat, aber es wird darauf aufmerksam gemacht, dass diese das äusserste Mittel sei, das nur angewendet werden solle, wenn es anders nicht geht, d. h. wenn die Armee sonst ausgebeutet würde. Diese Tendenz, zu verhandeln, halte ich für sehr richtig. Diese Politik ist in Ordnung und muss unterstützt werden. Wir empfehlen das auch weiterhin, trotz eventueller Rückschläge. Wir dürfen nicht vergessen: Die Armee selbst hat ein Interesse an diesen Verhandlungen, sie hat vor allem ein Interesse an einem guten Einvernehmen mit der Bevölkerung, da sie ja nicht nur für einige Tage, sondern meistens für viele Jahre an denselben Plätzen weilt. Dieses Einverständnis hat aber seinen Preis.

Die Armee ist natürlich gewillt, irgendwie darauf einzugehen. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass die Immissionen, über die sich die Bevölkerung an manchen Orten beklagt, je länger desto mehr als Störungen empfunden werden, ganz besonders im Zusammenhang mit dem Lärm. Aus diesem Grunde muss vielleicht ein Überdenken gerade in bezug auf lärmintensive Waffen stattfinden. Wir sehen hier ein unkoordiniertes Verhalten innerhalb der Armee. Es sind mir Fälle bekannt, in denen die Entschädigung für diese Immissionen recht gut ausfiel; ich werde Ihnen aber gleich ein Beispiel vortragen, das anders aussieht: Vielleicht haben auch Sie in letzter Zeit eine recht eigentümliche Fotografie gesehen, auf welcher ein Flugzeug über die Strasse fährt. Dieses Beispiel stammt aus Turtmann im Wallis; dieser Ort ist einerseits durch die Armee, andererseits durch den Berg vollständig eingeschlossen. Dafür wird aber keinerlei Entschädigung bezahlt. Hier muss ein Umdenken stattfinden.

Man wird mir entgegenhalten, dies komme teuer zu stehen oder es sei ein Präjudiz. Man darf nicht vergessen, dass viele dieser Flugplätze in den Alpen liegen, und dass die Entschädigung, die diese Leute wünschen, wohl Geld sein kann, aber nicht muss. Denn was man sich in diesen Gebieten von der Armee vor allem wünscht, sind Arbeitsplätze oder Infrastrukturhilfen, die sonst nicht möglich sind. Hier würde das keine grossen Kosten verursachen, aber eine Umstellung wäre erforderlich. Wir wären sehr dankbar, wenn die Armee diese Umstellung allmählich erreichen könnte; Ansätze dazu sind mit der möglichen Dezentralisation, die begonnen hat bereits vorhanden. Das muss aber noch ganz anders einsetzen, besonders in bezug auf die Flugplätze; denn erst wenn die Armee alle gleich behandelt, kann und muss auch sie verlangen, dass die zivilen Behörden vorwärtskommen. Das tun diese auch. Ich verweise hier auf das Berner Modell, dessen «Vater» hier im Rat sitzt, nämlich Bernhard Müller; er hat ausgezeichnete Erfahrungen gemacht. Das klappt aber nur dann, wenn die Armee alle gleich behandelt und wenn sie effektiv den tatsächlichen Lasten in vollem Umfang Rechnung trägt. Dann kann sie erwarten, dass es der zivile Sektor dem Kanton Bern

gleich tut und Verhältnisse schafft, wie wir sie uns wünschen: nämlich dass Volk und Armee eins sind.

Oehen: Ich habe der Diskussion aufmerksam zugehört. Verschiedene Aussagen veranlassen mich, nun an dieses Pult zu kommen. Wir haben die Klagen der Befürworter einer optimalen Ausbildung der Armee gehört. Wenn wir den Standpunkt der Armee als eigenen Standpunkt betrachten, haben sie alle recht. Wir haben die Klagen jener gehört, die sich als Fürsprecher der betroffenen Gebiete und deren Bevölkerung verstehen. Wenn wir uns in die Situation dieser Menschen zu versetzen versuchen, haben diese Befürworter recht. Man hat viel Verständnis deklamiert für die neuen Bedürfnisse der Armee wegen der Mechanisierung, Motorisierung und der neuen Waffensysteme. Man hat Vorschläge formuliert, wie man den Lärm dämpfen könnte. Soeben hat man das Ganze sozusagen noch auf die Entscheidungsfrage reduziert. Man hat für eine bessere Absprache mit den Bewohnern der Tourismusgebiete und ihrer Interessen argumentiert usw. Ein Vordränger hat einen Satz gesagt, den Sie sich alle in Ihr Tagebuch schreiben sollten. Der nicht genutzte Rest unseres Landes wird eben immer kleiner. Und hier fängt für mich das Problem an.

Ich frage Sie im Sinne eines konsequenten Weiterdenkens: all dessen, was hier gesagt wurde: Ist es denn Schicksal und notwendig, immer mehr Zweitwohnungen, insbesondere im Alpenraum, zu haben? Ist es denn unausweichlich, überall Seilbahnen und Skilifte zu bauen? Ist es richtig, ein immer dichteres Verkehrsnetz über das ganze Land zu ziehen? Und ist es sinnvoll, immer mehr Menschen in diesem nicht vermehrbaren Raume Schweiz zu haben? Was wir betreiben, ist die totale Nutzung – oder wenn Sie anders wollen; der totale Krieg gegen unsere eigene Natur und gegen die Lebensgrundlagen von uns Menschen. Stossen Sie bei der Diskussion dieses Berichtes doch vielleicht ein bisschen weiter vor: Wenn wir so weiterfahren mit dieser totalen Nutzung, löst sich in absehbarer Zeit das Problem unserer Armee von selbst. Dann werden wir nämlich militärisch verteidigungsunfähig. Dann werden wir erpressbar in einem Ausmasse, wo wir auf die, wie es viele heute schon sagen, Fiktion der politisch unabhängigen Schweiz ruhig verzichten können. Dann können wir auch ohne weiteres dem linken Flügel der SP folgen und zugunsten der «sozialen Schweiz» die «militärische Schweiz» reduzieren. Ich glaube, Sie sollten die echten Sorgen, die hier bei allen Rednern zum Ausdruck kamen, als Anlass nehmen, sich einmal die Frage des «Wie weiter» der Entwicklung ganz ernsthaft stellen.

Friedrich, Berichterstatter: Herr Herzog hat hier die Behauptung formuliert, man überginge die Interessen der lokalen Bevölkerung. Darf ich noch einmal daran erinnern, dass es eben meistens um Konflikte verschieden gelagerter Interessen geht. Es sind dieselben Konflikte, wie sie auch bei Strassen, Flugplätzen, Eisenbahnlinien, Industrieanlagen usw. auftauchen. Wenn jedermann all das abschieben will, dann werden solche gemeinsamen Institutionen schlicht und einfach verunmöglicht. Wenn Interessenkonflikte vorhanden sind, kommt man auch da nicht darum herum, Prioritäten zu setzen. Da sind wir der Auffassung, dass zwar wenn immer möglich ein Ausgleich gesucht werden sollte, dass aber letztlich die gesamtschweizerischen Aufgaben den Vorrang haben.

Die sogenannte Demokratie der Betroffenen, die Herr Herzog da wieder angesprochen hat, wäre das beste Mittel, um eine staatliche Gemeinschaft, bei der alle etwas beitragen müssen, zu sprengen.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: Nous avons tout à l'heure *in concreto* et *in vivo*, à propos de Bernhardzell, touché au problème général des places d'armes et de tir, des besoins que nous avons et des difficultés que nous rencontrons. Je ne veux donc pas répéter maintenant ce que j'ai dit tout à l'heure à propos de ce cas particulier.

Je tiens à remercier la commission et ses rapporteurs, non moins que les orateurs qui se sont exprimés pour la valeur de ce qu'ils ont dit. L'attitude ferme de vos commissions et de vos conseils marquent la volonté d'assurer à l'armée les terrains qui lui sont indispensables. J'ai pris note de suggestions intéressantes de M. Wyss sur la politique de l'information; je rends hommage à M. Eggenberg à la fois pour ce qu'il a dit et pour les bons rapports qui existent entre la ville de Thoun et l'armée fédérale, ses casernes et ses fabriques; j'y joins, pour M. Humbel, le canton d'Argovie. Nous ferons tout, et nous faisons déjà beaucoup, pour intensifier les bons rapports entre l'armée, les cantons et les communes, cela est essentiel; il a bien fait de nous le rappeler. A M. Herczog, je rappellerai que nous sommes à Rothenthurm depuis plus de dix années, que nous y tirons, que nous y manœuvrons et que nous y resterons. La démocratie communale mérite sans doute des égards, mais elle ne saurait prévaloir sur la volonté démocratique des cantons de Schwyz et de Zoug et sur la démocratie nationale que représente la Confédération. Au surplus, les intérêts des agriculteurs et ceux de l'environnement seront respectés. Ils seraient peut-être encore mieux respectés si la commune de Rothenthurm entrait en discussion plutôt que de se cantonner dans un refus sommaire.

Le Département militaire, voici quelques années, a passé des accords avec les deux cantons intéressés de Schwyz et de Zoug qui soutiennent le développement de la place d'armes. Ces accords ont été reconnus valables, à la suite d'un recours, par les juriconsultes et experts du Département de justice et police. La réserve qui a été faite à ce propos, qui ne constitue nullement une admonestation du Département de justice et police à l'égard du Département militaire, comme on l'a sottement raconté dans un hebdomadaire, est que la Confédération, qui a de toute évidence le droit d'exproprier, ne doit pas limiter l'exercice de ce droit en se liant par des conventions particulières. Ce point de vue – je m'empresse de le dire – me paraît tout à fait contestable – et je ne suis pas seul de cet avis – à la lumière du principe voulant que celui qui peut le plus peut le moins. De toute manière, je le répète, les accords passés ont été reconnus valables.

M. Schnyder a évoqué les possibilités de nos Alpes; M. Biderbost a plaidé avec éloquence la cause des indemnités et des places de travail, c'est un excellent spécialiste, nous le connaissons dans ce domaine. M. Oehen a rendu attentif aux risques d'opposition aux places d'armes. M. Widmer a soulevé le problème des engagements militaires à l'étranger, celui des places d'exercice que nous pourrions avoir à l'étranger. Nous sommes, déjà aujourd'hui, contraints d'essayer certaines de nos armes au tir réel au dehors du pays, vu la portée de ces armes et vu leur puissance de destruction; ce sera le cas du Rapiet antiaérien dont les projectiles efficaces, effectifs ne pourront être tirés qu'au nord de l'Ecosse ou en Australie; c'est le cas pour beaucoup de bombes d'avion, pour des fusées sol-air que nous possédons, pour des fusées air-sol que nous acquerrons bientôt. De même, l'entraînement de certains aviateurs peut se faire dans des conditions favorables en Suède, par exemple. Cela nous est donc à petites quantités, indispensable. Nous avons étudié les possibilités offertes dans des pays voisins et trouvé des terrains favorables à l'entraînement de nos troupes mécanisées qui sont à l'étroit sur nos places helvétiques, comme vous le savez. Nous avons rencontré beaucoup d'obstacles. Il y a celui de la neutralité, experts juridiques ou non, qui demeure. Nous voyons mal nos unités travaillant dans les installations des armées de l'OTAN, ou dans celles du Pacte de Varsovie, pourquoi pas. Transporter un régiment de chars en Suède, cela poserait quelques problèmes. Reste alors, comme pays proprement neutre, le cas de l'Autriche. Ce pays, sans doute, fait preuve de beaucoup de bonne volonté. Nous avons visité récemment la place d'exercice de chars d'Allenstein qui, par ses dimensions, ses possibilités d'évolution, de tir relativement, est la plus favorable; terrains plus vastes que nos places, mais terrains, il faut le dire aussi,

très largement utilisés. Nous en avons vu le plan d'emploi, l'armée autrichienne existe et elle n'a pas non plus un excès de places d'armes. Elle a des difficultés considérables d'en acquérir de nouvelles. D'autre part, cette place favorable se trouve à environ mille kilomètres de la frontière suisse et, en même temps, à vingt ou trente kilomètres de la frontière tchèque; cela pose un problème de frais de transport. Si nous allions là-bas nous ne pourrions pas y envoyer une section de chars, il faudrait y aller avec un bataillon de chars, vraisemblablement, pour avoir un déploiement favorable. Cela pose aussi un problème politique. Quelle serait la situation d'un bataillon ou d'un régiment de chars suisses, à quelque vingt kilomètres de la frontière tchèque, en cas de crise internationale? Je ne suis pas certain non plus que les puissants voisins de l'Autriche verraient d'un œil très favorable cette armée redoutable qu'est la nôtre camper à quelque vingt kilomètres d'un certain rideau. D'autres, d'ailleurs, pourraient également s'en formaliser, je m'empresse de le dire pour maintenir la balance égale. En Autriche – je l'ai dit – la difficulté de trouver des terrains ailleurs existe, elle est la même que chez nous. L'Autriche est, comme notre pays, un pays très «densément» bâti, qui s'est considérablement développé, qui a construit, dans les régions de montagne, passablement de téléphériques et autres installations sportives. Je pense que, comme chez nous, on aurait quelques difficultés à faire acquiescer une réserve de quelque 3000 hectares, au Tyrol ou en Carinthie, pour y faire tirer des chars helvétiques. Je ne suis pas sûr que la population autrichienne accepterait avec un grand enthousiasme cette mesure ou l'acquisition suisse d'un terrain chez elle.

Je dis en passant aussi qu'Allentsteig, qui représente – encore une fois – la place la plus favorable, a été réalisée sous le troisième Reich, qu'elle a été maintenue en l'état par l'armée d'occupation soviétique. Dans les deux cas, les procédures ne respectaient pas nécessairement toutes les règles de la démocratie communale et nationale. Le problème, peut-être, pourrait se poser à nouveau si un Etat voisin non engagé ou dégagé d'une alliance nous proposait un terrain disponible à quelques kilomètres de notre frontière. Encore faudrait-il nous engager à donner à ce pays, en contrepartie, la possibilité de faire évoluer ses avions dans notre ciel – il y en a déjà passablement – et, d'autre part, d'exercer ses troupes dans nos Alpes. On ne saurait donc être trop optimiste, Monsieur Widmer! Il nous faut, je crois, porter l'essentiel du poids de notre propre armée, comme le font les autres pays d'ailleurs, utiliser au maximum les places existantes, développer les méthodes d'instruction, les rendre plus intensives, recourir à des simulateurs, à des réducteurs et à toutes sortes d'installations mécaniques qui facilitent l'utilisation maximale des places existantes. Nous n'avons pas le droit de baisser les bras. Il y a encore de la place chez nous pour une large marge d'imagination et de possibilité d'exercice. Par ailleurs – ce sera ma conclusion – les orateurs l'ont souligné généralement, il n'y a pas d'incompatibilité entre défense nationale, environnement, agriculture et protection de la nature.

Präsidentin: Die Kommission beantragt Ihnen, vom Bericht Kenntnis zu nehmen. Wird ein anderer Antrag gestellt? – Das ist nicht der Fall. Sie haben so beschlossen.

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

81.067

Kantonsverfassungen. Gewährleistung Constitutions cantonales. Garantie

ZH, BE, GL, SO, BS, SH, AR, GE

Botschaft und Beschlussentwurf vom 21. Oktober 1981 (BBI III, 909)
Message et projet d'arrêté du 21 octobre 1981 (FF III, 881)

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Mme **Christinat** présente, au nom de la Commission des pétitions et de l'examen des constitutions cantonales, le rapport écrit suivant:

La Commission des pétitions et de l'examen des constitutions cantonales a procédé à l'examen du message du Conseil fédéral concernant la garantie des constitutions révisées des cantons de Zurich, de Berne, de Glaris, de Soleure, de Bâle-Ville, de Schaffhouse, d'Appenzell Rhodes-Extérieures et de Genève.

D'entente avec le Conseil fédéral, elle est d'avis que les modifications apportées aux constitutions cantonales demeurent dans le cadre de l'autonomie constitutionnelle cantonale et qu'elles ne renferment rien de contraire à la constitution fédérale ni aux autres dispositions du droit fédéral.

La commission propose donc à l'unanimité d'accepter le projet d'arrêté fédéral accordant la garantie fédérale aux constitutions révisées de certains cantons.

Präsidentin: Wir haben einen schriftlichen Bericht der Petitions- und Gewährleistungskommission erhalten. Ich danke Frau Christinat dafür. Die Kommission beantragt einstimmig, den Bundesbeschluss über die Gewährleistung geänderter Kantonsverfassungen zuzustimmen. Wir bereinigen den Beschluss.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1 und 2

Titre et préambule, art. 1 et 2

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes 100 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

81.016

Kantonsverfassung Aargau. Gewährleistung Constitution du canton d'Argovie. Garantie

Botschaft und Beschlussentwurf vom 15. April 1981 (BBI II 249)
Message et projet d'arrêté du 15 avril 1981 (FF II 249)

Beschluss des Ständerates vom 8. Oktober 1981
Décision du Conseil des Etats du 8 octobre 1981

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Waffen-, Schiess- und Übungsplätze. Stand und Planung

Places d'armes, d'exercice et de tir. Situation et planification

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1981
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	10
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	81.064
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	15.12.1981 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1636-1644
Page	
Pagina	
Ref. No	20 010 072

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.